

## Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung des Reformkurses

Rußland konnte in den letzten Jahren seine Stellung als strategischer Energieexporteur festigen. Für die Europäische Union ist Rußland ein wichtiger Lieferant von Rohöl; seine Rolle ist nach der EU-Osterweiterung noch gewachsen, da die Wirtschaften der meisten osteuropäischen EU-Mitgliedsländer traditionell eng mit Rußland verflochten sind. Für Deutschland ist Rußland wichtiger Absatzmarkt und der größte Primärenergielieferant. Es bezieht über ein Drittel seines Öl- und Gasbedarfs von dort.<sup>2</sup>

### *Wirtschaft expandierte 2005 wiederum kräftig, wenn auch leicht gedämpft*

Die russische Wirtschaft hat seit der Überwindung der Finanz- und Währungskrise im Jahre 1998 hohe jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich fünf bis sieben Prozent. Dafür sind vor allem günstige außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie die Entwicklung der Nachfrage und der Preise für Öl und andere Rohstoffe auf den Weltmärkten ausschlaggebend, weniger dagegen die Erfolge der Wirtschaftsreformen im Land selbst.

Seit einigen Jahren gehen auch von der Inlandsnachfrage kräftige Impulse für die Produktion aus. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind real stark gewachsen, was auf hohe Lohnsteigerungen, aber auch einen weiteren Anstieg der Renten und übrigen Transfereinkommen zurückging. In deren Gefolge legte der private Konsum zu. Der Einzelhandelsumsatz nahm kräftig zu, wobei der Umsatz von Nichtnahrungsmitteln überproportional anstieg.

Auch die Anlageinvestitionen expandieren seit einigen Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten. Während vor allem die wachsende Produktion im Energie- und Rohstoffsektor über eine Verbesserung der terms of trade im vergangenen Jahrzehnt Investitionen nach sich zog, machen die Investitio-

nen außerhalb des Energiesektors nach wie vor nur etwa die Hälfte der Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft aus. Die Investitionsquote ist in Rußland seit Jahren mit etwa 18% konstant und damit im Vergleich zu anderen Schwellenländern eher niedrig. Auch der Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen ist in Rußland mit etwa sieben bis zehn Mrd. US-Dollar in den letzten Jahren immer noch gering.

Tabelle 1:  
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands in den Jahren 2004 bis 2007

	2004	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	7,2	6,4	6,0	6,5
Private Konsumausgaben	11,6	11,1	10,5	10,5
Staatskonsum	2,1	1,8	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	10,9	10,5	10,0	10,0
Exporte	11,9	5,6	5	9
Importe	22,5	16,2	15	12
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	10,9	12,7	10,0	9,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	8,3	7,8	7,5	7,2

<sup>a</sup> Arbeitslosenquote, ILO-Methode.

Quellen: Goskomstat; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Eine schwächere Entwicklung der realen Exporte und die gegenüber dem Vorjahr nur leicht verminderte Zunahme der Importe haben dazu geführt, dass der Außenbeitrag im vergangenen Jahr negativ zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitrug.

Obgleich das Bruttoinlandsprodukt mit 6,4% im Gesamtjahr vergleichsweise kräftig gestiegen ist, hatte sich der Anstieg in den ersten Quartalen gegenüber dem Vorjahr verlangsamt.

<sup>2</sup> Das IWH hat auch früher schon die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und den Stand der Reformen in Rußland untersucht, letztmalig im Jahr 2002. Vgl. IWH: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Neunzehnter Bericht, in: IWH-Sonderheft 1/2002.

Tabelle 2:  
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg  
des realen Bruttoinlandsprodukts 2001 bis 2005  
- in Prozentpunkten -

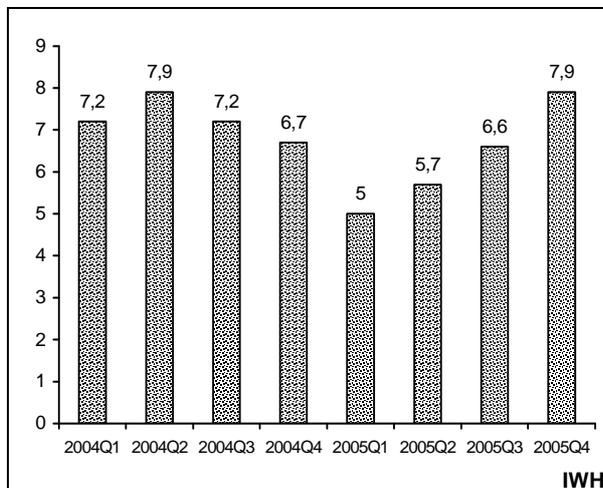
	2001	2002	2003	2004	2005
Private Konsumausgaben	4,6	4,5	3,7	5,5	5,7
Staatskonsum	-0,1	0,5	0,4	0,3	0,3
Anlageinvestitionen	1,9	0,5	2,3	2	1,9
Vorratsveränderung	1,5	-1	0,7	0,8	0,1
Außenbeitrag	-2,8	0,2	0,2	-1,4	-1,6
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	5,1	4,7	7,3	7,2	6,4

<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Goskomstat; Berechnungen des IWH, 2005: Schätzung des IWH.

Abbildung 1:  
Realer Zuwachs des BIP in den Jahren 2004 und  
2005

- Quartale, in % zum Vorjahresquartal -



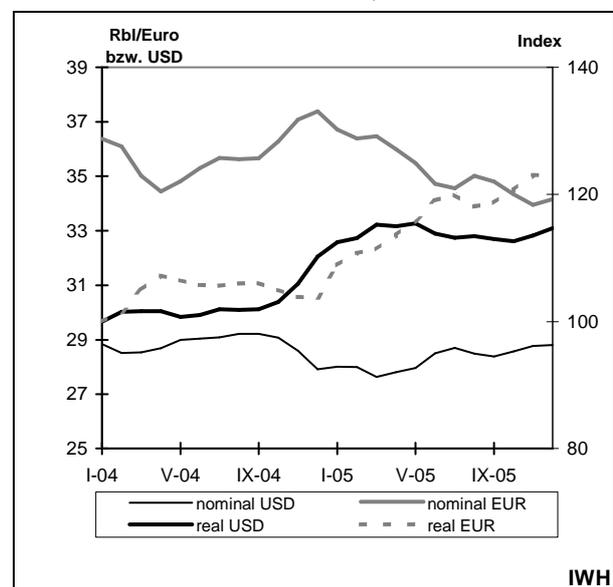
Quelle: Goskomstat.

Diese Abschwächung ging hauptsächlich auf die nachlassende Dynamik der realen Exporte zurück, deren Zuwachsrates sich gegenüber dem Vorjahr etwa halbierte. Wertmäßig, gemessen auf Dollar-Basis, sind die Ausfuhren 2005 um knapp 34% gestiegen und damit ähnlich stark wie im Vorjahr. Für die schwächere Exportentwicklung 2005 waren vor allem die geringeren exportierten Mengen bei Öl und Gas, die etwa zwei Drittel des

Gesamtexports bilden, ausschlaggebend. Während bei einigen wichtigen Exportgütern unter den Industrierohstoffen (Steinkohle, Eisenlegierungen, Aluminium, Holz) die Zuwachsraten im zweistelligen Bereich lagen, stiegen die Ausfuhren bei Erdgas um weniger als 4%, und bei Erdöl gingen sie um 2% zurück.<sup>3</sup> Einerseits haben hierbei Kapazitätsgrenzen der Öl- und Gasproduktion sowie Engpässe beim Transport eine Rolle gespielt. Erst im Jahr 2004 waren die Produktions- und Transportkapazitäten erweitert worden und hatten Rußland zeitweilig sogar zum weltgrößten Ölexporteur vor Saudi-Arabien werden lassen.<sup>4</sup> Andererseits hat die Steuerbelastung des Energiesektors durch die Anpassung der Besteuerung der Ölexporte seit Mitte 2004 an die Preisentwicklung beständig zugenommen, was die Anreize für die Produzenten zur Steigerung der Produktion verringerte. Einfluß auf die insgesamt schwächere Entwicklung der russischen Exporte hatte auch die Wechselkursentwicklung des Rubels, dessen Aufwertung die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Anbieter schmälerte, ins-

Abbildung 2:  
Wechselkurs des Rubel gegenüber US-Dollar und  
Euro

- Januar 2004 bis Dezember 2005, Januar 2004 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

<sup>3</sup> Januar bis November 2005. Vgl. GOSKOMSTAT: Socialno-ekonomiceskoje polozenie Rossji 2005. Moskva, 2006.

<sup>4</sup> Die Produktion wurde im Jahr 2004 um 9% gesteigert, der Export um 13%.

besondere auf stark umkämpften Märkten. So wuchsen die Exporte in anderen Warengruppen, beispielsweise bei Maschinen und Fahrzeugen, schwächer als in den Vorjahren, so daß ihr Anteil an den Gesamtausfuhren zurückging (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:  
Außenhandel Rußlands: Warenstruktur 2000-2005  
- Anteile am Gesamthandel in % -

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Exporte					
Maschinen, Ausrüstungen u. Fahrzeuge	8,0	8,6	9,4	6,9	7,2	5,3
Metalle und Metallwaren	17,2	15,3	14,6	14,2	16,8	14,2
Mineralische Erzeugnisse, Rohstoffe	54,5	56,2	55,2	60,2	58,8	64,9
Chemische Erzeugnisse	7,3	6,8	7,1	6,2	6,4	5,9
Lebensmittel	1,3	2,4	2,2	1,8	1,4	1,7
Holz/Papier	4,3	5,0	6,7	4,4	4,0	3,5
Textilien	0,8	0,9	0,8	0,6	0,4	0,3
Sonstige	6,6	4,8	4,0	5,7	5,0	4,2
Importe						
Maschinen, Ausrüstungen u. Fahrzeuge	30,6	32,3	35,8	40,4	41,6	44,4
Metalle und Metallwaren	8,3	7,8	6,2	4,8	7,4	7,3
Mineralische Erzeugnisse, Rohstoffe	6,8	4,5	3,8	1,2	4,0	4,9
Chemische Erzeugnisse	18,6	18,3	16,9	18,5	16,5	17,0
Lebensmittel	23,1	22,9	23,4	21,3	18,5	17,5
Holz/Papier	3,8	4,0	4,2	4,5	3,8	3,3
Textilien	4,8	5,5	4,9	4,3	3,7	3,3
Sonstige	4,0	4,7	4,8	5,0	4,5	2,3

Quelle: Russisches Komitee für Zollstatistik.

Die außerordentlich hohen Preissteigerungen bei Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen haben den Handelsüberschuß auf einen neuen Rekordstand von 120 Mrd. US-Dollar (bzw. 16% des BIP) an-

steigen lassen. Damit wurde der außerordentlich hohe Vorjahreswert nochmals um 40% übertroffen. Zwischen Anfang 2004 und Ende 2005 hat sich der Preis für Rohöl der Sorte Urals von 28,9 auf 53,9 US-Dollar/Barrel nahezu verdoppelt, für Erdgas stieg er um über 50%, für die wichtigsten Metalle ebenfalls im zweistelligen Bereich.

Tabelle 4:  
Außenhandel Rußlands nach Regionen 2003-2005  
- auf Dollarbasis, jeweilige Preise -

	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Exporte						
GUS	31,5	42,6	10,6	15,5	16,2	13,5
EU <sup>a</sup>	22,9	44,4	45,9	47,4	50,3	55,3
Deutschland	29,3	27,6	48,4	7,8	7,3	8,2
China	20,8	22,4	29,1	6,2	5,6	5,4
USA	5,7	56,3	-4,1	3,2	3,6	2,6
Japan	34,3	41,3	9,6	1,8	1,9	1,6
Sonstige	.	.	.	18,1	15,1	13,4
Insgesamt	25,2	35,9	32,9	100	100	100
Importe						
GUS	29,3	34,9	6,7	22,9	23,5	19,2
EU <sup>a</sup>	21,2	29,6	27,9	45,7	45,1	44,2
Deutschland	22,9	30,3	25,2	14,1	14,0	13,4
China	37,8	43,5	52,7	5,8	6,3	7,4
USA	-0,7	7,9	42,6	5,2	4,2	4,6
Japan	92,1	109	47,9	3,3	5,2	5,9
Sonstige	.	.	.	3,0	1,7	5,3
Insgesamt	24,2	31,8	30,3	100	100	100

<sup>a</sup> bis 30.04.2004: EU-15 und 10 Kandidatenländer, ab 01.05.2004: EU-25.

Quellen: Russisches Komitee für Zollstatistik; Berechnungen des IWH.

Hinsichtlich der regionalen Außenhandelsstruktur fällt einerseits sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren der Rückgang der Bedeutung der GUS-Staaten für den russischen Markt auf (vgl. Tabelle 4). Dagegen gewinnt China als Handelspartner an Bedeutung: China liefert in erster Linie Textilerzeugnisse und Garne, in diesen Bereichen

der Leichtindustrie sind russische Anbieter auf dem Binnenmarkt nicht wettbewerbsfähig, die Produktion ist hier rückläufig.

### ***Inflation bleibt bei kräftiger Geldmengenexpansion hoch***

Bei der Inflationsdämpfung konnte gegenüber dem Vorjahr kein nennenswerter Fortschritt erreicht werden. Die Verbraucherpreisentwicklung lag im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 12,7% auf einem nach wie vor hohen Niveau und überschritt das Inflationsziel der Zentralbank. Maßgeblich für den Anstieg der Verbraucherpreise war u. a. der Anstieg der Preise für Lebensmittel, insbesondere Fleisch und Geflügel, sowie für Benzin und Dienstleistungen. Bei den Dienstleistungen für die privaten Haushalte (öffentliche Transportmittel, Wohn- und Wohnnebenkosten) lag der Preisanstieg mit durchschnittlich 21% nochmals – wie schon 2004 – höher als der entsprechenden Anstieg im Vorjahr. Der Zwang zur Kostendeckung hat hier seit Jahren kräftige Preisanhebungen erforderlich gemacht, die politisch allerdings nur schwer durchsetzbar sind und teilweise zurückgenommen wurden. Zum Jahresbeginn 2006 wurde von der Regierung ein Anti-Inflationsmaßnahmenpaket beschlossen, das die Preisanhebungen für kommunale Dienstleistungen und Mieten sowie die Tarifierhöhungen „natürlicher“ Monopole begrenzt, die Mineralölsteuer auf ihrem derzeitigen Niveau einfriert und Nahrungsmittelimporte erleichtert.<sup>5</sup>

Die Ausweitung der inländischen Geldmenge vor allem infolge der hohen Einnahmen aus den Ölexporten um nominal knapp 25%<sup>6</sup> war noch geringfügig stärker als im Vorjahr und stellte die Zentralbank vor Schwierigkeiten, ihre Geldpolitik mit einer angepeilten Inflationsrate von 8,5% im Jahresdurchschnitt zu verfolgen. Die Geldmengenexpansion wurde von einer weiteren Aufwertung des Wechselkurses begleitet, wodurch sich die Zentralbank in einem Zielkonflikt befand. Da sie implizit kein Inflations-, sondern ein Wechselkursziel verfolgt, stellte sie sich der nominalen Aufwertung

<sup>5</sup> Allein infolge der Preiskontrollen ist die Inflation im ersten Quartal auf 7,7 % gesunken. Eine Änderung der Geldpolitik wurde nicht vorgenommen.

<sup>6</sup> Januar bis November 2005. Vgl. BANK ROSJI: Informazjonoanaliticeskij biuletin, No. 1/2006. Moskva, 2006, S. 19.

des Rubels entgegen, indem sie in großem Umfang Devisen aufkaufte. Das weitere Anziehen der Inflationsrate wurde dabei in Kauf genommen. Hätte die Zentralbank eine nominale Aufwertung des Rubel zugelassen, sobald die Inflation Gefahr lief, über das gesteckte Ziel hinaus zu schießen, hätte die kurzfristige Wechselkursinstabilität zwar zugenommen, die Inflationseindämmung wäre allerdings erfolgreicher gewesen.

Inflationstreibende Wirkungen gingen auch von Maßnahmen auf der Ausgabenseite des Haushalts aus. Der Staatshaushalt befindet sich in einer komfortablen Situation; an die Stelle der Defizite vergangener Jahre sind mittlerweile hohe Budgetüberschüsse getreten.<sup>7</sup> Im Zusammenhang damit ist es zu einem überproportionalen Anstieg von Ausgaben für soziale Zwecke gekommen. Davon haben insbesondere auch die Gehälter im öffentlichen Dienst und die Transfers (Rentenzahlungen, übrige Sozialleistungen) profitiert.<sup>8</sup> Auch für 2006 sieht das Haushaltsgesetz u. a. einen weiteren Anstieg der Sozialausgaben vor.<sup>9</sup> Da die Maßnahmen bereits im vergangenen Jahr aufgrund des hohen Anstiegs des Preisniveaus umstritten waren, hat Finanzminister Kudrin angekündigt, zukünftig Ausgabenerhöhungen in diesem Bereich auf den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen.

### ***Künftige Wirtschaftsentwicklung hängt vom Erfolg der Reformen ab***

Die Aussichten für die wirtschaftliche Expansion in diesem und im nächsten Jahr bleiben insgesamt günstig, da sich die Preisentwicklung auf den Rohstoffweltmärkten nicht wesentlich verschlechtern wird; vermutlich wird eine Stabilisierung auf hohem Niveau einsetzen. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wird vor diesem Hintergrund im Prognosezeitraum hoch bleiben und bei etwa 6% liegen.

<sup>7</sup> Im Jahr 2005 machte der Überschuss des konsolidierten Haushalts ca. 7% des BIP aus, nach 4,5% im Jahr 2004.

<sup>8</sup> Diese Ausgabensteigerung hängt mit dem Versprechen der Regierung zusammen, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie die Renten in den nächsten drei Jahren um weitere 50% anzuheben.

<sup>9</sup> Dem Haushaltsgesetz liegt eine Annahme über den Rückgang des Rohölpreises (Sorte Urals) auf unter 50 US-Dollar/Barrel zugrunde. Es wird von einem Budgetüberschuss in Höhe von 4% des BIP ausgegangen.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung liegen derzeit eher im Inland. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die weitere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die sowohl die Umstrukturierung der Wirtschaft voran bringen als auch die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren weiter ausgestalten muß. Momentan zeigt sich jedoch eher eine Tendenz zum verstärkten staatlichen Interventionismus. Die Energiepolitik der russischen Regierung ist durch eine wachsende staatliche Einflußnahme in den vergangenen Jahren geprägt worden. Die Aufspaltung des Yukos-Ölkonzerns und seine Einbindung in den staatlich kontrollierten Gazprom-Konzern sowie die Übernahme der staatlichen Ölkonzerne Rosneft und Sibneft durch Gazprom im vergangenen Jahr verhindern eine weitere Deregulierung des Sektors und haben ausländische Investoren eher verunsichert.<sup>10</sup>

Aufgrund der Verwendung der Einnahmen aus den Energieexporten für wichtige Reformaufgaben und den Strukturwandel der Wirtschaft besitzt die Energiewirtschaft nach wie vor eine tragende Rolle für die Wirtschaftsentwicklung. Der zu Beginn des Jahres 2004 eingerichtete Stabilisierungsfonds dient nicht nur dazu, Ölpreisschwankungen auf den Weltmärkten auszugleichen, sondern soll auch die Tilgung von Auslandsschulden gewährleisten und den Strukturwandel finanzieren. Er wird aus Über-

schüssen gespeist, die bei Zolleinnahmen auf Öl-exporte und aus Steuern auf Naturressourcen anfallen, solange der Rohölpreis eine bestimmte Grenze übersteigt.<sup>11</sup> Zolleinnahmen und Steuern auf einen Ölpreis unter dieser Grenze werden in den Staatshaushalt abgeführt.

Die generelle Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Energiesektor und der Lage auf den Rohölmärkten ist vor allem auf längere Sicht problematisch. Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger kann von der russischen Politik nur in geringem Maße beeinflusst werden. Langfristig müssen die Investitionen stärker wachsen und die Umstrukturierung der Wirtschaft vorangebracht werden. Dies ist von der russischen Regierung erkannt worden. In einem mittelfristigen Entwicklungsprogramm von Wirtschaftsminister Gref sollen durch die Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit gefördert und gezielt neue Wachstumschancen jenseits der bisherigen Wege erschlossen werden. Beschlossen wurde das Programm allerdings erst Ende des vergangenen Jahres, da konkrete Maßnahmenpakete bislang fehlten. Es sollte als Chance für ein langfristig stabileres Wachstum tatsächlich begriffen und umgesetzt werden.

*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*

## Die Arbeitszeitgestaltung in der EU aus Sicht der Beschäftigten: Ergebnisse des ad hoc labour market surveys\*

Seit Mai 2004 umfaßt die Europäische Union rund 450 Millionen Menschen in 25 Ländern. Die EU-Osterweiterung, die so unterschiedliche Länder wie das große, aber eher arme Polen und das sehr kleine, aber relativ wohlhabende Slowenien betrifft, stellt die Union vor neue Herausforderungen, wie einer Neuordnung der Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte und einem neuen Standortwettbewerb. Die ökonomischen, historischen und kulturellen nationalen Besonderheiten der Mitgliedsländer bestehen fort, auch im Zuge der europäischen Inte-

gration. Der Arbeitsmarkt ist dabei ein besonderes „Sorgenkind“ der EU. Zum einen kämpft die Gemeinschaft mit einer andauernden hohen Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich und nur geringer Dynamik innerhalb des Arbeitsmarktes. Zum anderen gibt es demographische Aspekte (Gebur-

<sup>10</sup> Vgl. dazu Izvestija vom 11.01.2006 sowie [www.mergers.ru](http://www.mergers.ru) vom 21.03.2006. Damit hat der Energiekonzern nunmehr neben dem Großteil der Erdgasproduktion auch rund ein Viertel der russischen Ölproduktion unter Kontrolle.

<sup>11</sup> Sie richtet sich nach dem aktuellen Ölpreis und lag im Jahr 2005 bei 20 US-Dollar/Barrel, 2006 bei 27 US-Dollar/Barrel. Die Mittel des Stabilisierungsfonds beliefen sich Ende 2005 auf etwa 1 400 Mrd. Rubel, das sind etwa 50 Mrd. US-Dollar bzw. 6% des BIP.

\* Der Beitrag basiert auf einem Gutachten, das vom IWH unter den Titel „The performance of European labour markets on the basis of data obtained from the June 2004 ad hoc labour market survey“ im Auftrag der Europäischen Kommission erstellt wurde.